

Zeit für Taten

Andrea, 54, lebt in Jena und arbeitet als Kellnerin. Für 5,20 Euro die Stunde. Trotz 40-Stunden-Woche hat sie am Monatsende nur 894 Euro brutto. Karl, 42, ist Bäckereifachverkäufer in München. Stundenlohn: 8,50 Euro. Ihm droht die Entlassung.

Er soll durch zwei Mini-Jobber ersetzt werden. Stundenlohn: schlappe 4,70 Euro. **Andrea und Karl sind keine Einzelfälle. Bei uns arbeiten 3,8 Millionen Menschen zu Armutslöhnen.**

Besserung ist nicht in Sicht. Es ist Zeit zu handeln. Es ist Zeit für einen gesetzlichen Mindestlohn, für mehr soziale Gerechtigkeit.

www.8euro.de

8 Euro Mindestlohn. Gesetzlich garantiert.

Worum es uns geht:

»Weil wir den verhängnisvollen Trend der negativen Lohnentwicklung in Deutschland durchbrechen müssen, wenn wir in irgendeiner Form etwas für Wachstum und Beschäftigung erreichen wollen, vertritt meine Fraktion nach wie vor die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns. Wir haben nun einmal eine



solch negative Lohnspirale in Deutschland, dass es für dieses Parlament dringend geboten ist, diesen Negativtrend aufzuhalten. Wir haben bereits Tariflöhne von unter 4 Euro pro Stunde. Dies kann nicht mehr hingenommen werden. Die Verfassung unseres Landes, die in Artikel 1 die Menschenwürde schützt, verpflichtet uns dazu, in Deutschland Löhne sicherzustellen, von denen ein Arbeitnehmer, der arbeitet, auch anständig leben kann. Das ist die Idee des Mindestlohns.«

Oskar Lafontaine

Oskar Lafontaine, Fraktionsvorsitzender DIE LINKE., am 29. März 2006 im Deutschen Bundestag



Mehrheit für Mindestlohn

57 Prozent der Befragten sprechen sich in einer repräsentativen Umfrage im Februar 2006 für einen gesetzlichen Mindestlohn in Deutschland aus.

Die Anhänger fast aller Parteien wollen mit großer Mehrheit einen gesetzlichen Mindestlohn. Am höchsten ist die Zustimmung bei Menschen, die Linkspartei (84 Prozent) und SPD (63 Prozent) nahe stehen. 46 Prozent der Unions-Anhängern sind dafür, nur 43 Prozent dagegen. Laut Infratest-dimap haben sich auch die Nichtwähler und Unentschlossenen klar positioniert: 59 und 69 Prozent sind für einen gesetzlichen Mindestlohn. Hoch ist die Zustimmung bei den 30- bis 59-Jährigen, nämlich 60 Prozent. Noch stärker ist der Beifall in Ostdeutschland: 65 Prozent wollen einen gesetzlichen Mindestlohn. In der von der Initiative Mindestlohn in Auftrag gegebenen Umfrage ging es auch um die Höhe

des Mindestlohns. Beinahe 90 Prozent der Befragten halten 7,50 Euro brutto pro Arbeitsstunde für angemessen oder zu niedrig. »Die Mehrheit der Menschen will einen gesetzlichen Mindestlohn«, erklärt Thomas Händel, Mitglied im

Bundesvorstand der WASG. »Merkel und Müntefering machen jedoch Politik für Konzerne, nicht für die Menschen. Wir müssen nun die Hartz IV-Regierung unter Druck setzen«, so der IG Metall-Bevollmächtigte aus Fürth.



Die Linke hält ihr Versprechen

Der gesetzliche Mindestlohn war eines der Hauptthemen der neuen Linken im letzten Bundestagswahlkampf. Die Linkspartei.PDS forderte in ihrem Wahlprogramm 1.400 Euro brutto Monatsentgelt. Und erntete dafür Hohn und Spott von SPD und Union. Plötzlich sprechen selbst Merkel und Müntefering vom Mindestlohn. Sie kommen um das Thema nicht herum, weil DIE LINKE. es auf die Tagesordnung gesetzt hat. Aber: Während die anderen Parteien im Bundestag bisher nur drüber reden, wird die Linksfraktion den ersten Gesetzentwurf für einen gesetzlichen Mindestlohn vorlegen. Garantiert.

DIE LINKE.
IM BUNDESTAG



Liebe Mitstreiterinnen und Mitstreiter!

Fast vier Millionen Menschen arbeiten bei uns zu Armutslöhnen. Ein gesetzlicher Mindestlohn muss her. Das findet auch die Mehrheit der Bevölkerung.

Die Bundestagsfraktion hat einen Gesetzesentwurf vorgelegt. Die Forderung: mindestens 8 Euro brutto pro Arbeitsstunde.

Jetzt müssen wir die Regierung unter Druck setzen!

Wir starten eine Mindestlohn-Kampagne. Zusammen mit Dir.

Unsere Ziele: aufklären und mobilisieren. Mit Info-Tischen und Aktionen vor Ort. Mit Veranstaltungen und Demonstrationen.

Denn von Arbeit muss man leben können! Euer

Lothar Bisky ist Mitglied des Bundestages und Vorsitzender der Linkspartei.PDS

8 Euro Mindestlohn – gesetzlich garantiert

Besser für alle

DIE LINKE fordert einen gesetzlichen Mindestlohn. Ein gesetzlicher Mindestlohn definiert eine Untergrenze. Löhne darunter sind illegal. Schon heute arbeiten laut Diakonie 900.000 Menschen zu Löhnen unterhalb von Hartz IV. Lohn zum Leben heißt: mindestens 8 Euro pro Arbeitsstunde. Der gesetzliche Mindestlohn verhindert Armut trotz Arbeit. Er unterbindet Lohndumping und sichert Tarifgrenzen nach unten. Das stärkt die Gewerkschaften und so alle, die Arbeit haben und suchen. Und: Der Mindestlohn stärkt die private Kaufkraft und kurbelt die Binnennachfrage an. Er garantiert die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und stützt Arbeitsplätze.

Mindestlohn-Kampagne

Die Mehrheit der Bevölkerung ist für einen gesetzlichen Mindestlohn. Die Regierung stellt sich taub.



Wir starten eine Mindestlohn-Kampagne.

Um uns Gehör zu verschaffen. Erster Höhepunkt: die Demonstrationen am 1. Mai. Und danach geht es richtig los. Jeder kann mitmachen.

Alle gemeinsam

Wie? Wir wollen aufklären: Info-Tische in Fußgängerzonen organisieren. Straßenaktionen vor Betrieben durchführen, die Hungerlöhne zahlen. Veranstaltungen und Diskussionen ausrichten. Leserbriefe schreiben. Beim Grillfest und mit Journalisten drüber reden. Wir wollen mobilisieren: vor Ort Bündnisse knüpfen. Mit Gewerkschaftsgliederungen und Initiativen. Mit Sozialverbänden und Kirchen. Damit man uns sieht und hört: bei Protesten und auf Demonstrationen.

Klipp und klar



Niedrigstlöhne

In Schleswig-Holstein bekommen Beschäftigte im Wachdienst laut Tarifvertrag 5,60 Euro pro Stunde. In Thüringen gibt es für dieselbe Beschäftigung lediglich 4,32 Euro. Und in Sachsen erhalten Frisöre nicht einmal vier Euro.

Mindestlohn steigt

Großbritannien hebt 2006 den Mindestlohn um 43 Cent auf 7,71 Euro an. Frankreich erhöhte bereits im letzten Sommer den gesetzlichen Mindestlohn um 5,5 Prozent auf jetzt 8,03 Euro.

Gewerkschaftskampagne

Die Gewerkschaften ver.di und Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG) führen seit dem 7. März eine Kampagne für einen gesetzlichen Mindestlohn. Ihre Forderung: mit 7,50 Euro beginnen und schrittweise auf 9 Euro erhöhen.

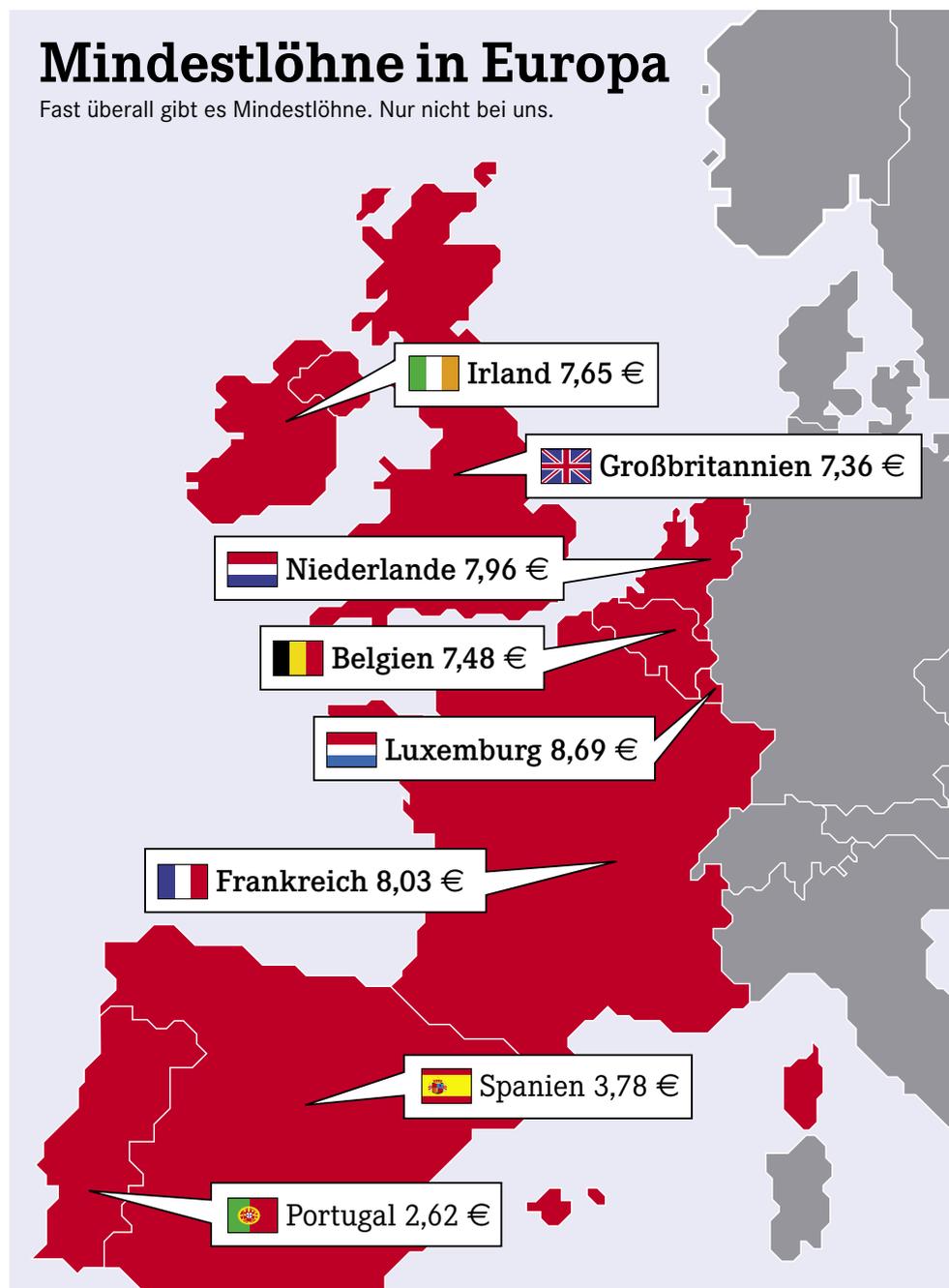


Gegen Sklavenarbeit

In vielen Schlachtbetrieben arbeiten Tagelöhner aus Osteuropa. Die Arbeitsbedingungen sind miserabel. Die Unterkünfte verkommen. Die Löhne reichen kaum zum Leben. Die Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG) prangert diese Zustände durch Aktionen vor Ort an.

Mindestlöhne in Europa

Fast überall gibt es Mindestlöhne. Nur nicht bei uns.



Union und SPD: Sozialabbau plus

Von Michael Schlecht, ver.di

Viele dachten nach der rot-grünen Agenda 2010: Dicker kann es nicht mehr kommen. Aber der neue Sozialabbau ist noch brutaler.

Kündigungsschutz

In den ersten 24 Monaten eines neuen Jobs soll es heißen: Probezeit. Jeden Tag kann man wieder rausgeschmissen werden. Ohne Begründung! Eigentlich ein glatter Verstoß gegen die Menschenwürde. Und: Wer wird denn dann noch streiken? Soll man ja auch nicht. Zumindest wenn es nach der CDU geht. Sie will eine 15-prozentige Lohnsenkung durchdrücken. Das geht am besten, wenn noch mehr Menschen als heute Angst haben zu streiken. Nebenbei: In Frankreich brachten Gewerkschaften und Studierende durch Massenproteste eine ähnliche Regelung für unter 26-Jährige zu Fall.

Rente mit 67

Einige Beschäftigte würden auch länger arbeiten wollen. Sie fragen sich nur: Wo? Aus gesundheitlichen Gründen hält ein Großteil der Beschäftigten ohnehin nicht bis zur Altersgrenze durch. Früher war

man nach der Arbeit müde, heute ist man kaputt! Viele schaffen die 65 nicht: Wie

soll das dann bis 67 gehen? Rentenkürzung wird das heißen! Wenn man mit 62 geht,

werden 18 Prozent gekürzt. Und warum das Ganze? Damit 2030 der Beitrag zur Renten-

versicherung um einen halben Prozentpunkt niedriger wird. Sagt Müntefering.



Mehrwertsteuer

Sie soll um 3 Prozentpunkte erhöht werden. Vor allem Rentnerinnen, Rentner und Erwerbslose trifft es. 20 Milliarden Euro werden bei der Bevölkerung abkassiert. Das bremst den Konsum. Wirtschaftswissenschaftler warnen vor der nächsten Krise. Mit dann noch mehr Arbeitslosen.

Arbeitslosengeld II

Jugendliche unter 25 Jahren erhalten ab Juli 2006 nur noch 276 Euro ALG II. Eine eigene Wohnung? Fehlangeige! In den Schubladen liegen bereits Pläne, das Arbeitslosengeld II für alle zu kürzen. Das Münchner Ifo-Institut schlägt sogar die vollständige Streichung für Erwerbsfähige vor! ALG II gleich 0 Euro.

Krankenversicherung

Sechs bis zehn Milliarden Euro soll uns die nächste Reform kosten. Bis 2010 sogar 14 Milliarden Euro. Merkel sagt: Es wird teurer! Das heißt für die meisten von uns: höhere Beiträge und schlechtere Leistungen.

Hohe Arbeitslosigkeit trotz sinkender Löhne

Die Neoliberalen behaupten: Die hohen Löhne sind schuld an der Arbeitslosigkeit. Ein nüchterner Blick auf die Zahlen zeigt die Wirklichkeit.

Bei uns sind die Reallöhne seit 1995 gefallen. Das heißt, ein Arbeitnehmer kann heute für seinen Lohn weniger kaufen als noch vor elf Jahren. Die Arbeitslosigkeit stieg im selben Zeitraum rasant an.

In den neuen Bundesländern sind die Löhne am stärksten gesunken. Dort kletterte auch die Arbeitslosigkeit am höchsten.

In vielen anderen europäischen Ländern haben die Menschen mehr Geld in der Lohntüte, und die Arbeitslosigkeit nahm ab. In Großbritannien stiegen die Reallöhne seit 1995 um 25 Prozent. Zugleich sank die Arbeitslosigkeit um 25 Prozent auf

weniger als 5 Prozent. »Konjunktur entsteht durch Nachfrage«, erklärt Harald Werner, Mitglied im Parteivorstand der Linkspartei.PDS. »Die Realität widerlegt die neoliberale These, dass die Arbeitslosigkeit verschwinde, wenn die Löhne nur tief genug fallen: Wer mehr Geld in der Tasche hat, gibt auch mehr Geld aus. Davon profitieren alle. So einfach ist das.«

Mindestlohn stärkt Kaufkraft



Können alle Betriebe den Mindestlohn zahlen? Müssen nicht manche Betriebe schließen?

Dr. Axel Troost: Viele Unternehmer machen mit Armutslöhnen richtig dicke Extra-Gewinne. Die können den Mindestlohn problemlos zahlen. Das hat das Beispiel Großbritannien gezeigt. Pleiten und Arbeitsplatzverluste durch den Mindestlohn sind dort unbekannt. Wissenschaftliche Untersuchungen belegen dies.

Aber was ist mit kleinen Handwerksbetrieben, vor allem in den neuen Bundesländern?

Dr. Axel Troost: Mit dem Mindestlohn werden gleiche Konkurrenzbedingungen hergestellt. Im Notfall müssen die Preise für bestimmte Leis-

tungen – zum Beispiel beim Friseur – leicht angehoben werden. Das gilt dann aber für alle. Und keiner kann den anderen ausstechen.

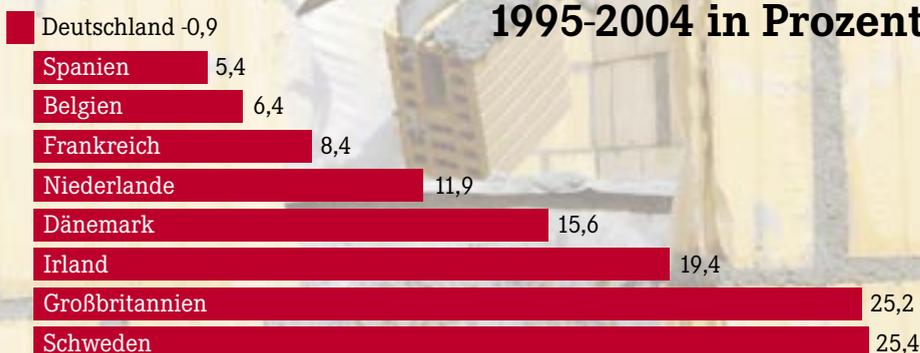
In den USA ist in den Bundesstaaten das Wachstum der Beschäftigung in Kleinbetrieben und im Einzelhandel besonders groß, in denen der Mindestlohn über dem Bundeschnitt liegt.

Wenn es zu Preisanhebungen kommt – können das denn die Kunden bezahlen?

Dr. Axel Troost: Viele der Kunden leiden ja heute selbst unter zu niedrigen Löhnen. Folglich müssen viel zu viele den Euro dreimal umdrehen, bevor sie ihn ausgeben. Mit dem Mindestlohn wird die Kaufkraft gestärkt.

Dr. Axel Troost ist Finanzexperte der Fraktion DIE LINKE.

Entwicklung der Reallöhne 1995-2004 in Prozent



Mindestlöhne sind das Mindeste

Von Sabine Leidig, attac.

Wer noch Arbeit hat, arbeitet zu lang. Die Arbeit ist ungerecht verteilt. Wir benötigen eine neue Beschäftigungspolitik mit neuen Zielen. Arbeit muss mit Mindestlöhnen reguliert werden.

Es geht um eine nachhaltige Wirtschaftspolitik und erweiterte öffentliche Daseinsvorsorge. Und um Verteilungsgerechtigkeit – auch weltweit. Alle sollen teilhaben am Wohlstand der Gesellschaft. Und auch genug Freizeit haben, um gut zu leben.

Sicher, von Arbeit muss man leben können – aber ohne Arbeit auch. Darum gehört ein armutsfestes Grundeinkommen in die Debatte um die Beschäftigungspolitik. Wir wollen für dieses reiche Land nicht weniger als die UNO in der Menschenrechts-Charta: »Jeder hat als Mitglied der Gesellschaft das Recht auf soziale Sicherheit



Markus Benk/dtp

und Anspruch darauf, [...] in den Genuss der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte zu gelangen, die für seine Würde und die freie Entwicklung seiner Persönlichkeit unentbehrlich sind.« Das gilt für alle Menschen, die hier leben. Wer Steuern zahlt, muss auch Leistungen empfangen. Und: »Jeder, der arbeitet, hat das Recht auf gerechte und befriedigende Entlohnung.« – unabhängig vom Aufenthaltsstatus. Anders ist auch ein soziales Europa nicht denkbar. Indem wir hier die Löhne nach unten schützen, stützen wir alle,

die arbeiten können – hier und bei unseren Nachbarn. Und Kapital und Vermögen gibt es genug in Europa. Es müsste dringend umgesteuert werden.

Darum geht es auch in dieser Auseinandersetzung um Europa: Soll Europa als wettbewerbsfähigster Wirtschaftsraum formiert werden? Nein, Europa soll die Menschenwürde in den Mittelpunkt stellen und gerechte und friedliche (Handels-) Beziehungen zu anderen Kontinenten pflegen. Sollen die Mitgliedsstaaten und Beschäftigten in Dumping-Konkurrenz stehen? Nein, wir wollen Steuergerechtigkeit und Harmonisierung nach oben durchsetzen. Darum sind wir auch für den Mindestlohn. Die europaweiten Demonstrationen und Aktionen gegen die EU-Dienstleistungsrichtlinie (»Bolkestein-Hammer«) haben gezeigt, dass Bewegung möglich ist, wenn öffentlicher Druck entsteht.



Wir brauchen eine Mehrheit in der Gesellschaft

DIE LINKE. wird einen Gesetzesentwurf für einen Mindestlohn ins Parlament einbringen. Worum geht es dabei?

Wir fordern einen gesetzlichen Mindestlohn mit einer Einstiegshöhe von acht Euro brutto. Gleichzeitig wollen wir, dass tariflich vereinbarte Löhne, die oberhalb des Mindestlohns liegen, per Gesetz zum branchenspezifischen Mindestlohn werden. Das Besondere am Konzept der Linken ist eine Kombination aus gesetzlichen und tarifvertraglichen Regelungen.

Rechnen Sie damit, für diesen Antrag eine Mehrheit zu bekommen?

Im Parlament gibt es vermutlich zunächst keine Mehrheit, obwohl die SPD im Wahlkampf ähnliche Konzepte propagierte. Bei einer namentlichen Abstimmung muss jeder Abgeordnete Farbe bekennen. Und: Wir brauchen eine Mehrheit in der Gesellschaft. Die Unterstützung von gewerkschaftlichen und sozialen Bewegungen ist entscheidend.



Welchem Zweck dient die öffentliche Anhörung der Fraktion am 8. Mai?

Mit diesem Hearing wollen wir unsere Positionen mit nationalen und internationalen Sachverständigen diskutieren und die gesellschaftliche Debatte vertiefen. Und wir wollen von internationalen Erfahrungen profitieren. In England und Frankreich sind gesetzliche Mindestlöhne ein Erfolg.

Werner Dreibus ist gewerkschaftspolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE.

Ja Ich will mehr Informationen über die parlamentarische Initiative der Fraktion DIE LINKE. für einen gesetzlichen Mindestlohn

NAME, VORNAME

STRASSE, HAUSNUMMER

PLZ, STADT

E-MAIL

Ja, ich will den Mindestlohn-Newsletter erhalten
Bitte ausgefüllt senden an: Fraktion DIE LINKE., Platz der Republik 1, 11011 Berlin

IMPRESSUM: Herausgeberin: Fraktion DIE LINKE. im Bundestag, Platz der Republik 1, 11011 Berlin, Telefon: (030) 227 51170, Fax: (030) 227 56128, fraktion@linksfraktion.de, www.linksfraktion.de, V.i.S.d.P.: Hendrik Thalheim, Redaktionsschluss: 10. April 2006

Für einen gesetzlichen
Mindestlohn!
Öffentliche Anhörung
der Fraktion DIE LINKE.
am 8. Mai 2006
von 11 bis 16 Uhr im
Deutschen Bundestag Berlin

Weitere Informationen:
www.linksfraktion.de
www.8euro.de

DIE LINKE.
I M B U N D E S T A G